

**AMT DER NIEDERÖSTERREICHISCHEN LANDESREGIERUNG**  
**Gruppe Finanzen**  
**Abteilung Finanzen**  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1



**Landtag von Niederösterreich**  
**Landtagsdirektion**

Eing.: 17.12.2020

Zu Ltg.-**1051-1/A-1/81-2020**

**Ausschuss**

Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 3109

An den  
Präsidenten des NÖ Landtages

Beilagen

F1-A-140/717-2020

Kennzeichen (bei Antwort bitte angeben)

E-Mail: [post.f1@noel.gv.at](mailto:post.f1@noel.gv.at)

Fax 02742/9005-15937

Bürgerservice: 02742/9005-9005

Internet: [www.noel.gv.at](http://www.noel.gv.at)

- [www.noel.gv.at/datenschutz](http://www.noel.gv.at/datenschutz)

Bezug	BearbeiterIn	(0 27 42) 9005 Durchwahl	Datum
	MPA Franz Spazierer	12412	15. Dezember 2020

Betrifft

„Weitere Maßnahmen des Landes Niederösterreich in der Corona-Krise“; Entschließung des NÖ Landtages

Sehr geehrter Herr Präsident!

Im Sinne der Resolution des Landtages von Niederösterreich vom 16. April 2020, Ltg.-1051/A-1/81-2020, hat die NÖ Landesregierung die Instrumentarien des Bundes zur Bekämpfung der Auswirkungen der Corona-Krise auf ihre Wirkung in Niederösterreich analysiert und evaluiert.

Danach wurden effektive und wirkungsvolle Maßnahmen samt finanzieller Bedeckung im eigenen Wirkungsbereich entwickelt und dem Landtag von Niederösterreich zur Beschlussfassung vorgelegt. Der Landtag von Niederösterreich hat in seiner 31. Sitzung am 21. Oktober 2020 den Antrag des Wirtschafts- und Finanzausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend Nachtragsvoranschlag des Landes Niederösterreich für die Jahre 2020 und 2021 zum Beschluss erhoben (Ltg.-1278/V-8/15-2020).

Im Rahmen dieser Vorlage wurden die von der NÖ Landesregierung bereits ab Beginn der Pandemie beschlossenen umfassenden Soforthilfemaßnahmen behandelt, die

Vorfinanzierung diverser Bundesleistungen aufgrund des Epidemiegesetzes 1950 berücksichtigt und – ergänzend zu den Unterstützungsmaßnahmen des Bundes und auf der Grundlage von Empfehlungen von Wirtschaftsforschern – eigene komplementäre Maßnahmen gesetzt.

Den erheblichen wirtschaftlichen Auswirkungen wurde mit einem Bündel an Leistungen im eigenen Wirkungsbereich begegnet. Die für Niederösterreich vorgesehenen Maßnahmen wurden konkret auf die Bedürfnisse und Gegebenheiten im Bundesland abgestimmt, um Überschneidungen und Redundanzen zu vermeiden.

Maßnahmen wurden beispielsweise in folgenden wesentlichen Bereichen gesetzt:

- Gemeindepaket: Umlagenzuschuss, Landesfinanzsonderaktion für interkommunale Infrastrukturmaßnahmen und interkommunale Zusammenarbeit, Ausbau der Rad- und Gemeindeweginfrastruktur
- Gesundheitswesen: Covid-Visitenärzte, Screening-Untersuchungen und Testungen, Verdienstentgang gemäß Epidemiegesetz 1950, Schutzausrüstung
- Krankenanstaltenfinanzierung
- Soziales / Familien / Jugend: Corona-Prämie für Beschäftigte in Einrichtungen der Pflege, der Behindertenhilfe und der Jugendhilfe sowie im mobilen Sektor und in der 24-Stunden-Betreuung, Ersatzbetreuungskräfte, Schaffung von Quarantänebereichen, Verstärkung Pflegehotline, Schutzausrüstung, Hortförderung und private Kinderbetreuungseinrichtungen - Defizitabdeckung, Sonderförderung Ferienbetreuung Gemeinden
- Öffentliche Verwaltung: Mobiles Arbeiten, Schutzausrüstung und Screenings, Lehrlingsoffensive
- Wirtschaft und Arbeit: Tourismuspaket (Interessentenbeiträge und Förderung von Hygienemaßnahmen für Touristikbetriebe), Konjunkturpaket, Arbeitsmarktpaket

Gleichzeitig wurden auch Unterstützungsmaßnahmen gesetzt, die nicht unmittelbar auf den Landeshaushalt wirken, jedoch zur Bewältigung der COVID-19-Krise maßgeblich beitragen. Dazu gehört die Vorlage der Landesregierung betreffend Maßnahmen im Rahmen des NÖ-Konjunkturprogramms (LtG.-1272/K-19-2020; zeitgleich mit dem Nachtragsvoranschlag beschlossen) mit der Erweiterung des bestehenden

Haftungsrahmens für das NÖ Beteiligungsmodell von 100 Millionen Euro um weitere 50 Millionen Euro bis 2024 und der Ausweitung der bestehenden Landeshaftung in Höhe von 80 Millionen Euro auf NÖ-Nachrangkapital (Darlehen durch den NÖ Wirtschafts- und Tourismusfonds).

Die NÖ Landesregierung beehrt sich, dies zu berichten.

NÖ Landesregierung  
DI S c h l e r i t z k o  
Landesrat

